Sonnabend, 15. September 1923 · 71. Jahrgang Nr. 433

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 400 000 M.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich M. 5 000 000,— im voraus zahlbar. Abonnementsbestellungen während der Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung des entsprechenden Entgelts. Tagespreis für Anzeigen: Die 31 gespalt. Zeile M. 3 000 000; für Familienanzeigen M. 2 500 000, für kleine Anzeigen: das Wort M. 500 000, das fettgedruckte Wort M. 1 000 000. Haupt-Exped.: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Postsp.: Dönhoff Nr. 3460 bis 3465; für den Fernverkehr Nr. 4307 bis 4309. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 384, Rudolf Mosse, Berlin SW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Königstr. 56—57, Rosenthaler Straße 45, Rathenower Straße 3, Turmstr. 61, Potsdamer Straße 93, Leipziger Straße 107, Zimmerstraße 50, Blücherstraße 69, Friedrichstraße 9; Charlottenburg: Tauentzienstraße 5, Kantstraße 54, Scharrenstraße 30, Nürnberger Straße 25—26, Kaiserdamm 30; Friedenau: Rheinstraße 19; Hasenseo-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 341; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-5; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93—94, Kaiser-Friedrich-Straße 347—48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstraße 23—24, Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstraße 130; Tempelhof: Berliner Straße 147; Treptow: Kreutzstraße 7; Weissensee: Streustr. 128; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31-32; Görlitz: Schlossstraße 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 3.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt U.L.K

BERLIN SEHR UNSICHER

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Dollar (New-York)

Geld: 114 285 714 — Brief: 100 000 000

Der Reinickendorfer Mörder ist verhaftet worden.

Die Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches wird am 18. September, mittags 1 Uhr, geschlossen.

Die kürzlich bekanntgegebenen neuen Gebührensätze im Telegraphen- und Fernsprechverkehr, die am 16. September in Kraft treten sollten, müssen wegen der inzwischen weiter fortgeschrittenen Entwertung der deutschen Mark mit Wirkung vom gleichen Tage verdoppelt werden.

Der Buchschlüssel des Börsenvereins deutscher Buchhändler ist ab 15. September 14 000 000.

Die Schlußfelzahl für Zeitungsanzeigen ist auf 12 000 festgesetzt worden.

Die Frist für die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung über den Devisenbesitz läuft bis zum 30. September.

Zwischen Italien und Jugoslawien sollen in der Fiume-Frage neue, direkte Verhandlungen aufgenommen werden.

Die nationalistische Korfanty-Partei in Polen agitiert gegen das Gutachten des Ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag in der Frage der deutschen Minderheiten in Polen.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Berliner Stadtverordnete, sowie jetzige Sekretär des sozialdemokratischen Parteivorstands, Wilhelm Pfannkuch, ist im 82. Lebensjahre in Berlin gestorben.

Der französische Gesandte de Marcilly überreichte gestern in Athen eine Note mit den Beschlüssen der Botschafterkonferenz.

Die Unruhen in Beuthen dauerten auch gestern an.

Der Moabiter Pistolenschütze ist verhaftet worden.

Geheimorganisationen und Reichswehr

Ein Appell des Reichswehrministers Dr. Geßler

Berlin, 14. September. (W. T. B.)

Der Reichswehrminister Dr. Geßler erläßt folgenden Befehl an die Reichswehr: „Es ist verständlich, daß in erregter Zeit wilde Gerüchte aller Art die öffentliche Meinung erregen. Diese beschäftigen sich auch mit der Reichswehr als dem letzten Mittel von Reich und Staat zur Aufrechterhaltung von Verfassung, Recht und Ordnung. Häufig behaupten verfassungsfeindliche Organisationen, Verbindung mit der Reichswehr zu haben, in der durchsichtigen Absicht, dadurch verfassungstreue Kreise für ihre trüben Zwecke zu gewinnen. In Interesse des Vaterlandes und der Truppe muß ich diesen Treibereien entgegentreten. Von mir sind derartige Verbindungen durch klare Befehle längst verboten. Ich habe dies wiederholt öffentlich, insbesondere im deutschen Reichstag zum Ausdruck gebracht. Wo Verbindungen der erwähnten Art in Einzelfällen wirklich einmal bestanden haben, sind sie gelöst. Verfehlungen einzelner Persönlichkeiten, die sich gelegentlich da und dort mißbrauchen ließen und dafür hart bestraft wurden, vermögen daran nichts zu ändern. Wie der Herr Reichspräsident zuletzt am Verfassungstage, so habe ich mich selbst immer und überall für die Ehre und Pflichttreue der Truppe gegenüber allen Angriffen verbürgt. Ich bin überzeugt, daß auch in der kommenden schweren Zeit die Ehre des deutschen Soldaten blank bleibt. In diesem Vertrauen weiß ich mich einig mit dem Herrn Reichspräsidenten, dem Herrn Reichskanzler und der ganzen Reichsregierung. Wir sind deshalb gewiß, daß es gelingen wird, etwaige Versuche, unser Vaterland in neues Unglück zu stürzen, woher sie auch kommen mögen, im Keime zu ersticken. gez. Dr. Geßler".

Reich und Länder

Eine Besprechung unter Vorsitz Sollmanns — Die Wahrung der Zuständigkeiten der Länder — Weitgehende Uebereinstimmung

Berlin, 14. September. (W. T. B.)

Unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern fand heute eine Sitzung des Reichsratsausschusses für innere Verwaltung zur Beratung von Angelegenheiten der inneren Politik statt, zu der die Innenminister der Länder erschienen waren. Der Reichsminister des Innern betonte einleitend, daß es die besondere Aufgabe seines Amtes sei, die Beziehungen des Reichs zu den Ländern zu pflegen.

Die Reichsregierung sei fest entschlossen, die Zuständigkeiten der Länder zu wahren.

Gegenüber der schweren Gefahr an Rhein und Ruhr, wo wertvolle Gebiete des Reichs ernstlich bedroht seien, müsse ein starker einheitlicher nationaler Wille aufgebracht werden. Namens der Reichsregierung bitte er alle Länder, zusammenzustehen, und der Reichsregierung zu helfen, diese geschichtliche Aufgabe zu meistern. An der Aussprache beteiligten sich die Innenminister aller Länder. Es wurden eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben und Erfahrungen ausgetauscht. In seinen Schlußworten konnte der Reichsinnenminister die weitgehende Uebereinstimmung der Anwesenden mit der Reichsregierung feststellen.

Ernährungsnot und Finanzkatastrophe

Reden Dr. Hilferdings und v. Raumers — Wer alles vom Reiche lebt — Uebergangswirtschaft an der Ruhr

Berlin, 14. September. (W. T. B.)

In der gemeinsamen Sitzung des wirtschaftspolitischen und des finanzpolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats am 12. September über die Entschließung des Währungsausschusses vom 7. September gab der Reichsfinanzminister Dr. **Hilferding** Erklärungen ab über die Währungsfrage und Finanzlage des Reiches. Nachdem der Minister die bisherige Stellung der Regierung zur Währungsfrage charakterisiert hatte, antwortete er auf einige aus der Mitte des Reichswirtschaftsrats gestellte Fragen:

Ich will dem Herrn Vorredner zunächst erwidern, daß ich in bezug auf die **Lebensmittelversorgung** wohl erklären kann — das ist natürlich ein sich Sache des Herrn Ernährungsministers —, **daß bis zum 15. Oktober der Getreidebedarf resp. Mehl- und Brotbedarf sichergestellt ist.** Ferner arbeitet die Reichsgetreidestelle daran, Getreide zunächst aus der inländischen Ernte heranzubringen. Die Reichsgetreidestelle bezahlt mit Goldanleihe (!). Die Goldanleihestücke werden abgestempelt und können von den Landwirten, die Getreide andienen, als Steuerzahlung auf die Landabgabe benutzt werden. Es ist also hier ein wertbeständiger Zahlungsmittelverkehr eingerichtet. Die Reichsgetreidestelle hat gewisse Bestände für die Zeit nach dem 15. Oktober bereits herangebracht. Uebrigens ist ein Gesetzentwurf vom Ernährungsministerium ausgearbeitet, der das Kabinett bald beschäftigen wird, der, falls notwendig, auch darüber hinaus noch für die Bewegung der Ernte Vorsorge treffen wird. — Was die

Versorgung mit Fett und Margarine

anlangt, so sind aus den Devisenbeständen, die durch die Devisenabgabe zur Verfügung stehen, in erster Reihe hierfür Devisen zur Verfügung gestellt worden. Ich hoffe, daß es gelingen wird, auch die notwendige Fettzufuhr sicherzustellen.

Dann ist ganz allgemein nach der **Finanzlage des Reiches** gefragt worden. Meine Herren, nach den Ausführungen, die ich vor einiger Zeit gemacht habe, und nach den verschiedenen Reden des Herrn Reichskanzlers muß auch Ihnen die Finanzlage des Reiches in den allgemeinen Umrissen bekannt sein. Sie läßt sich in ein Wort zusammenfassen: **die Finanzlage ist eine solche, daß wir andere Ausgaben als die zur Erhaltung des Reiches notwendigen nicht werden leisten können.** Die bedeutsamsten Ausgaben sind die für die Ruhr. Diese Ausgaben sind ganz außerordentlich gewachsen.

Die Dinge haben sich im Ruhrgebiet folgendermaßen entwickelt: Wir haben von Anfang der Ruhraktion an verhältnismäßig große Summen für Lohnsicherungen, für Erwerbslosenfürsorge zu zahlen gehabt. **Heute muß man sagen, daß fast die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete zum großen Teil durch Reichsmittel ernährt wird.** Sie können sich denken, was das für einen Aufwand bedeutet. Dabei ist die Sache nicht stehen geblieben, sondern wir haben **auch noch in steigendem Maße das Betriebskapital für dieses Gebiet aufbringen müssen.** Die Dinge sind doch so: es gibt keinen Absatz, es gibt keinen Verkauf, die Werke arbeiten auf Lager, oder sie beschäftigen die Arbeiter in irgendeiner Weise, ohne daß in Wirklichkeit Produkte hergestellt werden. Die Werke hatten also keine Einnahme und forderten, daß die Löhne und auch die Kosten für die Beschäftigung der Arbeiter schließlich vom Reiche getragen werden. Darüber hinaus werden Reichsmittel, man kann heute wirklich sagen, von einem großen Teil der gesamten Bevölkerung, beansprucht. Vielleicht ist es etwas übertrieben, aber nach den Darstellungen, die mir zuteil geworden sind, beziehen in immer größerem Maße — auch zum Beispiel Angehörige der freien Berufe, Rechtsanwälte, Aerzte, Künstler usw. — bei der sicher sehr prekären Lage, in die sie gekommen sind, Unterstützungen aus Reichsmitteln. Es kommt hinzu, daß auch der Handel in Form von Krediten Betriebskapital vom Reiche erhalten hat. Ich erinnere daran, daß nach den letzten Unruhen im Ruhrgebiet alle Lebensmittelgeschäfte geschlossen hatten. Da die Inhaber erwerbslos waren, bezogen sie zunächst Reichsunterstützung, dann verlangten sie zur Wiedereröffnung ihrer Geschäfte Kredit, um Lebensmittel einzukaufen. Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß ein ganz großer Teil der Bevölkerung aus Reichsmitteln lebt, und wir außerdem einen erheblichen Teil des Betriebskapitals für die Aufrechterhaltung der mehr oder minder produktiven Arbeit dort unten zu leisten haben. Das ist der Zustand, den ich vorgefunden habe.

Die Abhilfe!

Für die Beurteilung dieser Frage kommt der Umstand in Betracht, daß wir ja dort eine ordnungsgemäße und effektive Verwaltung gar nicht mehr haben. Alle unsere tüchtigen energischen Beamten sind ausgewiesen. Zum großen Teil werden Bewilligung und Auszahlung der Lohnsummen und Erwerbslosenunterstützungen durch die Kommunalverwaltungen vorgenommen. Es ist klar, daß diese Kommunen im besetzten Gebiete in ganz außerordentlichem Maße unter dem Drucke der Verhältnisse stehen, daß in diesen Industriezentren der Druck der Bevölkerung stark wirkt und daß infolgedessen auch weniger berechtigten Ansprüchen nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten wird. Wenn aber keine Verwaltung besteht, die durchgreifen kann, dann ist es natürlich ungeheuer schwer, sich eine richtige Ausgabenkontrolle zu verschaffen; dann ist es vor allem ungeheuer schwer, Ausgaben, die weniger notwendig oder entbehrlich erscheinen, tatsächlich von hier aus zu beseitigen. Es bliebe also nur der andere Weg einer teilweisen Einschränkung aller Ausgaben im besetzten Gebiet überhaupt.

Diese Frage ist von außerordentlicher politischer Tragweite. **Die Lösung des Ruhrkonflikts muß im Wege von beschleunigt geführten Verhandlungen gesucht werden.** Das liegt selbstverständlich zuerst im deutschen Interesse, aber auch nicht minder im französischen, ja, in dem aller anderen Staaten. Denn ein plötzlicher Abbruch würde verhängnisvolle Folgen aben. Er bestände ja nicht etwa bloß darin, wie sich das das Ausland vorstellt, daß die Arbeiter nun an die Arbeit gingen, und alles wieder in Ordnung käme; **es kommt dann vielmehr zu den schwersten sozialen Erschütterungen im Ruhrgebiet selbst.** Würden wir aber rein mechanisch alle Kredite abdrosseln, dann ist die Gefahr da, daß die ohnedies sehr erregte Bevölkerung das nicht versteht, daß die Einflüsse der Rechts- und Linksradikalen auf diese Bevölkerung stärker werden, daß wir dort also zu höchst gefährlichen Gärungen und Unruhen kommen. Die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens würde dadurch erst recht gefährdet. Auf der anderen Seite kann die **Finanzwirtschaft nicht gesunden, wenn diese Ausgaben in der bisherigen Weise fortgehen,** gerade auch im Hinblick auf die Lage auf dem Devisenmarkt. Natürlich kann das nur in dem unbedingt notwendigen Maße und in allmählicher Weise erfolgen.

Ich will nicht ein absolut abschließendes Wort sagen, aber ich muß doch aussprechen, nach allen Informationen, die mir zugänglich sind, wird die verhältnismäßige Geldflüssigkeit auf dem Markte und werden die sehr starken Devisenforderungen an der Börse wesentlich im Zusammenhang gebracht mit den starken Ausschüttungen im besetzten Gebiet.

Wenn eine Aenderung auf dem Geld- und Devisenmarkt erfolgen soll, so muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Mittel für das Rheinland gekürzt werden. Ich habe gesagt, wie ungeheuer schwer eine solche Kürzung ist; aber ich glaube, es ist jetzt ein Weg gefunden, auf dem wir zu erheblichen Einschränkungen der Summen kommen werden, die in das besetzte Gebiet fließen, Einschränkungen, die auch für die so sehr leidende Bevölkerung noch erträglich sein werden. Ich denke, daß die Lage auf dem Devisenmarkt sich durch eine Einschränkung der Ausschüttungen ganz wesentlich ändern wird. Ich hoffe auch, daß durch die neue Maßnahme der Einschränkung des Devisenhandels auf einen bestimmten Kreis von Banken es möglich sein wird, eine schärfere Kontrolle auszuüben und im Zusammenhang damit unnütze Importe von der Devisenseite her zu verhindern.

Zusammenfassend will ich sagen, daß finanziell die Besetzung und ihre Folgen außerordentliche Anforderungen stellen, die in der vorgefundenen Form auf lange Dauer von den Finanzen nicht ertragen werden können. Mit demselben Nachdruck aber muß ich erklären, daß **auch alle anderen Ausgaben bis auf das Maß, das für die unmittelbare Erhaltung des Reiches notwendig ist, gedrosselt werden müssen.** Ich habe eine Reihe bestimmter Maßnahmen im Auge, die eine starke finanzielle Wirkung haben werden. **Es werden harte Maßnahmen** sein; aber sie werden und müssen durchgesetzt werden, denn sonst wird niemand die Verantwortung für die Führung des Finanzministeriums übernehmen können. Von dieser Seite her wird eine bedeutende Einschränkung der Inflation in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich sein.

Daß ist augenblicklich das Wichtigste. Es muß mit der ganzen Dotationswirtschaft, mit dieser ganzen Unterstützungswirtschaft, gebrochen werden. Einige Dinge sind sehr akut. Ich will an die finanziell unerträgliche und rasch zu beseitigende Wirtschaft mit den **Bauzuschüssen** erinnern. (Sehr richtig!) Wir haben augenblicklich noch etwa die 30 000fache Miete. Die Wohnungsbauabgabe spielt infolgedessen keine nennenswerte Rolle. So zahlen wir in Wirklichkeit augenblicklich sehr viele der Bauten, die im Deutschen Reich errichtet werden, zum großen Teil aus Reichsmitteln. Das ist ein Betrag, der jetzt in die Billionen geht, und für den Deckung nicht vorhanden ist. Hier muß sofort und ebenfalls unter Hintansetzung von Bedenken, die in normalen Zeiten durchaus gerechtfertigt wären, Abhilfe geschaffen werden.

Gestatten Sie eine allgemeine Bemerkung! Es muß endlich die Ueberzeugung in die Volksmassen hineingetragen werden, daß es **keine schlimmere und keine ärgere Steuer gibt als die Inflationssteuer.** (Sehr richtig!) Demgegenüber ist jede Steuerannspannung eine Wohltat, die man dem Volke erweist, ist eine jede Ausgabenbeschränkung, wenn sie auch im ersten Augenblick noch so hart erscheinen mag, auf die Dauer ein Dienst am Volke gegenüber dem Fortrasen dieser Mordmaschine, der Notenpresse. Wenn das nicht in die Köpfe des Volkes hineingehämmert wird, wenn das Volk nicht endlich dazu erzogen wird, daß es verstehen lernt, daß die **Inflation das wahre Unglück** ist, wenn das Volk bei diesen Drosselungsmaßnahmen nicht mithut, dann gibt es für uns überhaupt keine Rettung